

Deutsches Patent- und Markenamt

München, 7. Juli 2000

Telefon: (0 89) 21 95 - 4290

Eingegangen

15. Juni 2000

Dreiss Patentanwälte

Patentanwälte
Dreiss, Fuhlendorf
Steimle, Becker & Kollegen
Postfach 103762

70032 Stuttgart

Aktenzeichen: 199 47 582.2 - 45
Ihr Zeichen: 1703 437 Fri/spf
Anmeldernr.: 1130943
Paul Hartmann AG

WV 28.7
FRIST
15.8.2000
FRIST/NOFRIST NOT.

allen Eingaben und Zeichnungen angeben

Zutreffendes ist angekreuzt ☒ und/oder ausgefüllt

Prüfungsantrag, wirksam gestellt am 23. Oktober 1999

Eingabe vom

eingegangen am

Die Prüfung der oben genannten Patentanmeldung hat zu dem nachstehenden Ergebnis geführt.

Zur Äußerung wird eine Frist

von zwei Monaten

gewährt, die mit der Zustellung beginnt.

Für Unterlagen, die der Äußerung gegebenenfalls beigelegt werden (z.B. Patentansprüche, Beschreibung, Beschreibungsteile, Zeichnungen), sind je zwei Ausfertigungen auf gesonderten Blättern erforderlich. Die Äußerung selbst wird nur in einfacher Ausfertigung benötigt.

Werden die Patentansprüche, die Beschreibung oder die Zeichnungen im Laufe des Verfahrens geändert, so hat der Anmelder, sofern die Änderungen nicht vom Deutschen Patent- und Markenamt vorgeschlagen sind, im einzelnen anzugeben, an welcher Stelle die in den neuen Unterlagen beschriebenen Erfindungsmerkmale in den ursprünglichen Unterlagen offenbart sind.

In diesem Bescheid sind folgende Entgegenhaltungen erstmalig genannt. (Bei deren Nummerierung gilt diese auch für das weitere Verfahren):

Hinweis auf die Möglichkeit der Gebrauchsmusterabzweigung

Der Anmelder einer nach dem 1. Januar 1987 mit Wirkung für die Bundesrepublik Deutschland eingereichten Patentanmeldung kann eine Gebrauchsmusteranmeldung, die den gleichen Gegenstand betrifft, einreichen und gleichzeitig den Anmeldetag der früheren Patentanmeldung in Anspruch nehmen. Diese Abzweigung (§ 5 Gebrauchsmustergesetz) ist bis zum Ablauf von 2 Monaten nach dem Ende des Monats möglich, in dem die Patentanmeldung durch rechtskräftige Zurückweisung, freiwillige Rücknahme oder Rücknahmefiktion erledigt, ein Einspruchsverfahren abgeschlossen oder - im Falle der Erteilung des Patents - die Frist für die Beschwerde gegen den Erteilungsbeschluss fruchtlos verstrichen ist. Ausführliche Informationen über die Erfordernisse einer Gebrauchsmusteranmeldung, einschließlich der Abzweigung, enthält das Merkblatt für Gebrauchsmusteranmelder (G 6181), welches kostenlos beim Patent- und Markenamt und den Patentinformationszentren erhältlich ist.

P 2401
02/00
12.98

Annahmestelle und
Nachbriefkasten
nur
Zweibrückenstraße 12

Dienstgebäude
Zweibrückenstraße 12 (Hauptgebäude)
Zweibrückenstraße 5-7 (Breiterhof)
Cincinnatistraße 64
Rosenheimer Straße 116
Balanstraße 59

Hausadresse (für Fracht)
Deutsches Patent- und Markenamt
Zweibrückenstraße 12
80331 München

Telefon (089) 2195-0 Bank:
Telefax (089) 2195-2221 Landeszentralbank München 700 010 54 (BLZ 700 000 00)

Internet-Adresse <http://www.patent-und-markenamt.de>

Schnellbahnanschluss im
Münchner Verkehrs- und
Tarifverbund (MVV):

Zweibrückenstraße 12 (Hauptgebäude),
Zweibrückenstraße 5-7 (Breiterhof);
S1 - S8 Isartor

Rosenheimer Str. 116 / Balanstraße 59
Alle S-Bahnen Richtung Ostbahnhof, ab Ostbahnhof Buslinien
45 / 95 / 96 / 198 Haltestelle Kustermannpark

Cincinnatistraße 64
S2 Fasangarten Bus 98 oder 99

(1) EP 0 372 572 A2

(2) US 5 257 982 A

Das Patentbegehren enthält folgende formale Mängel:

Die Abkürzung PES steht üblicherweise (vgl. übliche Kunststoff-Lexika) für Polyethersulfon. Die Bezeichnung PES ist daher klarzustellen. Die mit Eingabe vom 12. Oktober 1999 neu eingereichte Seite 4, letzte Zeile ist gegenüber der ursprünglichen Seite 4, letzte Zeile bezüglich PES unverändert (gemäß der beantragten Änderung soll PES für Polyester stehen).

Der Anspruch 1 und die Seite 4 sind daher klarzustellen.

Gemäß der Patentanmeldeverordnung sind die Ansprüche auf die zweckmäßigste Weise zusammenzufassen. Dies gilt für die Ansprüche 4 und 5 sowie 7 bis 9.

Diese Ansprüche sind daher zusammenzufassen.

Im Anspruch 7 muss es wohl PES (nicht PET) für die höher schmelzende Komponente heißen.

Als nächstliegender Stand der Technik wurden – neben der von der Anmelderin selbst zitierten Druckschrift – die Entgegenhaltungen (1) und (2) ermittelt.

Sie stehen dem Patentbegehren nicht patenthindernd entgegen.

Sie sind gemäß § 34, Absatz 8 Patentgesetz zur Dokumentation des relevanten Standes der Technik in der Beschreibungseinleitung abzuhandeln.

(Vergleiche

(1), insbesondere die Seite 3 und die Beispiele;

(2), insbesondere die Spalten 3 und 4 und die Ansprüche).

Eine Patenterteilung kann erst in Aussicht gestellt werden, wenn klargestellte Ansprüche vorliegen.

Es wird schon jetzt darauf hingewiesen, dass die Anmelderin eine Reihe fremdsprachlicher Ausdrücke (resiliency, backsheet, topsheet etc) enthält, die klarzustellen sind, da gemäß § 35, Absatz 1 Patentgesetz in der Fassung vom 16. Juli 1998 die Anmeldung in deutscher Sprache abzufassen ist.

Mit den vorliegenden Unterlagen kann eine Patenterteilung nicht in Aussicht gestellt werden.

Prüfungsstelle für Klasse A 61 F

Dr. Lechner
Hausruf: 4445



Anlagen:

Abl. der Entgegenhaltungen (1) und (2)

D.